

Berichte aus dem Belgien unter deutscher Besatzung im Ersten Weltkrieg. Ein Vorabdruck aus dem Buch »Erotik und Spionage in der Etappe Gent« von Heinrich Wandt

Seiten 10/11



Gegründet 1947 · Dienstag, 8. Juli 2014 · Nr. 155 · 1,30 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

www.jungewelt.de

**Gegensätzlich**

Kampfdrohnen sind kein »Lichtblick«.  
 Die Satzung der IG Metall fordert  
**2** Abrüstung. Ein Interview

**Marktkonform**

Die Bundesregierung hält an Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit USA fest – trotz NSA etc.  
**3**

**Aufgerüstet**

Der »Islamische Staat« greift das selbstverwaltete Kurdengebiet in Nord-syrien an. Von Nick Brauns  
**7**

**Bezahlt**

Frankreichs Justiz und das Verhältnis zwischen Nicolas Sarkozy und dem Bettencourt-Clan  
**9**

# Geheime Verschlusssache

Massive Zunahme der Rüstungsforschung an deutschen Instituten. Regierung gibt keine Details bekannt, Zivilklausel wird häufig übergangen. **Von Michael Merz**

Die Rüstungsforschung an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Doch die Arbeit der Wissenschaftler für das Militär soll möglichst geheim bleiben. Die Antwort der Regierung auf eine kleine Anfrage der Linkspartei wurde als vertraulich eingestuft, das Verteidigungsministerium deklariert die Projekte als »Verschlusssache«. Trotzdem offenbar der veröffentlichte Teil der Fakten das Ausmaß der Rüstungsforschung an zivilen Einrichtungen und die Ignoranz mancher Hochschulen gegenüber der selbstauferlegten Zivilklausel.

Drohnen, Geschosse und Militärroboter – irgendwann sollen sie den Tod auf den Schlachtfeldern bringen, entwickelt werden die Mordmaschinen häufig in deutschen Labors. Das jährliche Auftragsvolumen in den vergangenen vier Jahren, verglichen mit dem Zeitraum 2000 bis 2010, hat sich nach Berechnungen der *Süddeutschen Zeitung* und *NDR Info* mehr als verdoppelt. Über 700mal beauftragte das Wehressort seit 2010 öffentliche Forschungseinrichtungen, 392 Millionen Euro ließ es sich die Arbeit der Wissenschaftler kosten. Demnach sind Marine, Luftwaffe und Bodentruppen an deren Kenntnissen interessiert. So seien etwa Studien über Drohnen-schwärme, die Feinde verfolgen sollen, aber auch »intelligente« Munition, Handfeuerwaffen, Funktechnologien, Roboter sowie nichttödliche Schuß- und Wurfgüter bestellt worden.

Die großen Abnehmer sind außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, an sie gingen 588 Aufträge im Wert von 364 Millionen Euro. Insbesondere die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren



**Vom Labor aus in den Einsatz: Eine Drohne der Bundeswehr in Afghanistan**

zahlreichen Instituten freute sich über die Zuwendungen. Daneben gibt es laut *SZ* 41 Hochschulen (120 Aufträge im Wert von 28 Millionen Euro), die seit 2010 davon profitieren. Unter ihnen sind fünf, die sich der friedlichen Forschung verpflichtet und sich mit der Zivilklausel gegen militärisch relevante Aufträge positioniert haben: Tübingen, Konstanz, Frankfurt am Main, Rostock und Göttingen.

Die Leibniz Universität Hannover hat nach Regierungsangaben das meiste Geld (5,8 Millionen Euro) unter den Hochschulen bekommen. Präsident Erich Barke fühlt sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. »Verteilt auf

vier Jahre sind das 1,4 Millionen pro Jahr – insgesamt haben wir aber 100 Millionen Drittmittelbudget«, sagte er gegenüber *jW*. Die Zuwendungen aus dem Verteidigungsministerium seien also relativ gering. Außerdem sei die Behörde eine »demokratische Einrichtung«. Einen Widerspruch zum Leitbild der Uni, in dem es heißt »Durch unsere Lehre und Forschung wollen wir dem friedlichen Zusammenleben der Menschen dienen ...«, sieht Barke nicht, und verweist auf die »Freiheit der Forschung«. »Wir arbeiten nicht an Bomben oder Munition, sondern befassen uns mit in der Bild- und Signalverarbeitung«, erklärte er.

Ähnlich offen geht Michael Flakke, Kommunikationschef an der Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg – mit mehr als 2,2 Millionen Euro auf Platz drei der begünstigten Hochschulen – mit der Militärforschung um. »Wir stehen dazu«, erklärte er gegenüber *jW*. »Deutschland hat schließlich eine Parlamentsarmee.«

Die Details brisanter Militärprojekte hält die Regierung mit Hinweis auf »Sicherheitsinteressen« geheim. Nicole Gohlke, bildungspolitische Sprecherin der Linkspartei, kritisiert: Es müsse gewährleistet sein, über das Thema zu debattieren, »und das setzt natürlich Transparenz voraus«.

## Gewaltspirale in Nahost

Israelische Bombenangriffe auf Gazastreifen fordern neun Menschenleben. Lieberman bricht mit Netanjahu

Die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern eskalieren weiter. Nach heftigen Luftangriffen der israelischen Armee auf den Gazastreifen kündigte die dort regierende Hamas am Montag Rache für den Tod von neun Menschen an. Die palästinensische Nachrichtenagentur *Maan* berichtete, sieben der Getöteten seien Mitglieder des bewaffneten Flügels der Hamas gewesen. Sechs von ihnen seien beim Bombardement eines Tunnels im Grenzgebiet

zu Ägypten ums Leben gekommen. Tel Aviv nennt die Bombardierungen eine Reaktion auf Dutzende Raketen, die seit Tagen aus dem Küstenstreifen auf israelisches Territorium abgefeuert wurden.

Auslöser für die erneute Zuspitzung der Lage waren die Entführung und Ermordung von drei jüdischen Teenagern sowie der mutmaßliche Rachemord an einem arabischen Jugendlichen. In letzterem Fall hat die Polizei sechs israelische Tatverdächtige festgenommen. Bei ihnen han-

delt es sich um eine »Zelle von Mitgliedern des ultrarechten Lagers«, berichtete der israelische Rundfunk am Montag unter Berufung auf die Polizei. Tatmotive seien Haß auf Araber und Rache für den Mord an den jungen Israelis. »Drei der sechs Verdächtigen haben die Ermordung und Verbrennung von Mohammed Abu Chder bei lebendigem Leib gestanden und die Tat vor Polizisten nachgestellt«, verlautete aus Ermittlerkreisen.

Im Streit um das richtige Vorgehen

hat der israelische Außenminister Avigdor Lieberman das Bündnis seiner ultrarechten Partei Israel Beitenu (Unser Haus Israel) mit dem Likud von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu aufgekündigt. Grund dafür seien »tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten«. Lieberman hatte Netanjahus Vorgehen gegen die Hamas als zu zögerlich kritisiert und eine breite Militäroffensive gefordert. Seine Fraktion wolle jedoch in der Regierungskoalition bleiben, betonte er gleichzeitig. (dpa/AFP/JW)

## Wieder Tausende Italiener aufgegriffen

Rom. Die italienische Marine hat am Wochenende erneut mehr als 2 600 Flüchtlinge vor den Küsten des Landes in Sicherheit gebracht. Mehrere Schiffe und Hubschrauber seien das gesamte Wochenende über im Einsatz gewesen, teilte die Marine am Montag mit. Die Flüchtlinge hatten sich mit zahlreichen Booten auf den Weg über das Mittelmeer gemacht. Sie seien vor der Küste Siziliens entdeckt und in die Städte Catania, Pozzallo und Trapani gebracht worden.

Jeden Tag wagen Tausende Menschen die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer, weil ihnen eine legale Einreise in Europa von den EU-Behörden praktisch unmöglich gemacht wird. In diesem Jahr sind nach offiziellen Angaben bereits knapp 66 500 Menschen an den Küsten Italiens angekommen. Offizielle Zahlen darüber, wie viele Menschen die Überfahrt nicht überleben, gibt es nicht. (dpa/JW)

## Vierte Tarifrunde in Stahlindustrie



Gelsenkirchen. Am Montag nachmittag hat in Gelsenkirchen die vierte Tarifverhandlungsrunde in der nordwestdeutschen Stahlindustrie begonnen. Ein Ergebnis lag bis *jW*-Redaktionschluss noch nicht vor. Im Vorfeld hatte die IG Metall den Unternehmen mit weiteren Aktionen gedroht. »16 000 Warnstreikende sind nicht das Ende von dem, was wir aufbieten können«, sagte IG-Metall-Verhandlungsführer Knut Giesler der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* am Montag. Der Verhandlungsführer der Kapitaleite, Helmut Koch, sagte am Montag: »Wir wollen der Gewerkschaft ein Angebot vorlegen und heute möglichst zu einem Abschluß kommen«. Giesler zeigte sich dagegen skeptisch: »Wir wollen keine Lösung um jeden Preis.« Die IG Metall fordert für die rund 75 000 Beschäftigten der Branche fünf Prozent mehr Geld. Außerdem will sie eine Beschäftigungssicherung und Regelungen für die Altersteilzeit durchsetzen. (dpa/Reuters/JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 1572 Genossinnen und Genossen (Stand 1.7.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg



# »Wir müssen dem unsere Werte entgegensetzen«

Kampfdrohnen kein »Lichtblick«: Satzung der IG Metall sieht Einsatz für Abrüstung vor. Ein Gespräch mit Katinka Poensgen

**A**ls »Lichtblick« hatte Bernhard Stiedl, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Ingolstadt und deren Beauftragter für das Unternehmen Airbus Defence and Space, die Pläne von Verteidigungsministerin Ursula von Leyen (CDU) zur Beschaffung von Kampfdrohnen bezeichnet. Einen Aufschrei gab es daraufhin nicht. Gibt es in der IG Metall andere Auffassungen?

In der Satzung der IG Metall (IGM) heißt es in Paragraph 2 unter »Ziele und Aufgaben«: Die IGM setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein. Da steht ganz deutlich: Abrüstung – nicht Aufrüstung.

**Die gewerkschaftspolitische Debatte scheint aber nicht in Gang zu kommen – weil Arbeitsplätze in Rüstungsbetrieben in Gefahr sind, wie Stiedl sagt?**

Das ist ein Totschlagargument. Es ist unverantwortlich, wegen des Erhalts einiger weniger Arbeitsplätze in der Waffenindustrie, die Zerstörung des ganzen Erdballs zu riskieren. Das kann nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein. Mit dem Geld, das die öffentliche Hand in die Rüstungsindustrie investiert, wären wesentlich mehr Arbeitsplätze im zivilen Bereich zu finanzieren. Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind hochqualifiziert und durchaus in der Lage, in anderen Bereichen zu arbeiten. Es gibt große gesellschaftliche Herausforderungen, was ökologisch integrierte Verkehrssysteme oder die Energiewende betrifft. Dies gilt es zu finanzieren, nicht Geld in die Rüstungsindustrie zu verschleudern.

**Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zur Beschränkung von Rüstungsexporten sind sogar im SPD-nahen Gewerkschaftslager auf Widerstand gestoßen, weil sie zu unpräzise seien. 20 Betriebsratsvorsitzende fordern Hilfestellung für Unternehmen, um Umrüstung auf zivile Produkte zu bewerkstelligen. Wie sehen Sie das?**

Ja, es ist politisch zu steuern. Historisch hat es Rüstungskonversion gegeben. Heckler & Koch im Schwarzwalddal hat nach dem Zweiten Weltkrieg

Nähmaschinen und Fahrräder produziert; damals aufgrund von Auflagen der Alliierten. In Deutschland sollte es keine Rüstungsindustrie mehr geben. Doch schnell war alles beim alten, weil sich die Konzernleitung so größere Gewinne versprach. Deshalb muß es finanziell gut ausgestattete öffentliche Förderprogramme geben, um Betriebe zu unterstützen, in gesellschaftlich sinnvolle, hochwertige Produktionsbereiche einzusteigen. Rüstungsexporte müssen gesetzlich verboten werden. Das Arbeitsplatzargument rechtfertigt nicht, daß Menschen getötet werden – zynischer, als dies maschinell von Drohnen erledigt zu lassen, geht es nicht. Die Beschäftigten müssen bei gleicher Bezahlung zivile Güter herstellen können.

**junge Welt wollte Bernhard Stiedl dazu interviewen; er war nicht bereit. Linke Funktionäre wollten ebenfalls nicht zur Rüstungskonversion Stellung beziehen – Sie sind eine Ausnahme. Ist das ein Tabuthema in der IG Metall?**

Womöglich handelt es sich um zu starke Angepaßtheit. »Wenn ihr in eurem Bereich keine Rüstungsbetriebe habt, haltet euch besser raus«, heißt es. Das ist aber der falsche Ansatz. Es ist keine lokale Auseinandersetzung, sondern eine global politische. In der IG Metall spiegelt sich auch das gesamtgesellschaftliche Klima. Beim letzten ordentlichen Gewerkschaftstag hatte ich mich zu Wort gemeldet, weil die Werftindustrie ein Papier »Rüstung als Chance für Arbeitsplätze« herausgegeben hatte. Unter der derzeitigen Bundesregierung aus Union und SPD wird verstärkt aufgerüstet; sie redet sich heraus, sie erfülle nur alte Verträge. In den 1980er Jahren hat eine starke Friedensbewegung Druck gemacht. Wie damals muß es einen Arbeitskreis zur Rüstungskonversion geben. Das muß wieder offizielle Politik der IG Metall sein. Zunächst ist wünschenswert, daß der Arbeitskreis Wehrtechnik beim Vorstand der IG Metall satzungsgemäß auf die Tagesordnung setzt: Bei uns geht keine Waffe mehr raus.

Geht es um die »heilige Rüstungsindustrie«, schreiben Politiker auf, die sonst locker zuschauen, wenn bei Schlecker Frauenarbeitsplätze verschwinden. Es geht darum, herrschende Machtinteressen auf Dauer abzusichern. Wir müssen dem unsere Werte entgegensetzen.

Interview: Gitta Düperthal



Katinka Poensgen ist in der IG-Metall-Bezirksleitung Mitte für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen zuständig



Ukrainische Posten am Montag vor einem zerstörten Panzer nahe Slowjansk

## Kiew im Siegesrausch

Ukraine: Regime blockiert Donezk und Lugansk. Aufrufe zu Waffenruhe

**N**ach der Besetzung der ostukrainischen Städte Slowjansk und Kramatorsk durch die Truppen der Kiewer Machthaber hat der Chef des Informationszentrums des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (SNBU), Andrej Lyssenko, Bombenangriffe und den Einsatz schwerer Artillerie gegen Donezk und Lugansk ausgeschlossen. Man werde jedoch die Hochburgen der »Separatisten«, die zwei Volksrepubliken ausgerufen haben, blockieren, um den Nachschub für die dortigen Milizen zu unterbinden. Zivilisten könnten die beiden Städte ungehindert verlassen, versicherte Lyssenko am Montag in Kiew. Demgegenüber kündigte Anton Geraschtschenko vom Kiewer Innenministerium »strenge Kontrollen« beim Verlassen der Städte an. Die Armee habe die Zufahrtswege bereits weitgehend abgeriegelt, sagte er. »Donezk wird schon bald befreit sein.« Auch um Lugansk werde der Ring enger gezogen. »Unsere Truppen stehen am Stadtrand. Die Terroristen haben keine Perspektiven mehr.«

Am Samstag waren Kiewer Truppen in Slowjansk und Kramatorsk eingerückt, die seit Mitte April von den Volksmilizen kontrolliert worden waren. Zuvor hatten die Widerstandskämpfer ihre dortigen Posten verlassen und waren nach Donezk und Lugansk durchgebrochen. Ihr Kommandeur Igor Strelkow sagte am Sonntag, man habe mit der Organisation der Verteidigung der Städte begonnen. In Lugansk ist der Widerstandsbewegung dabei offenbar ein Kampfflugzeug vom Typ Su-25 der ukrainischen Luftwaffe in die Hände gefallen. Der Verteidigungsminister der Lugansker Volksrepublik, Igor Plotnizki, teilte am Montag mit, die Maschine habe auf einem der Flugplätze notlanden müssen, der Pilot habe sich ergeben.

Wie der Sender *Stimme Rußlands* berichtete, haben ukrainische Truppen das Zentrum von Lugansk aus einem Granatwerfer beschossen und anschließend Raketen auf einen Vorort abgefeuert. Angesichts der anhaltenden Kämpfe forderte die russische Regierung am Montag die EU auf, ihren Einfluß auf das ukrainische Regime geltend zu machen. »Anscheinend ist es sinnlos, ein weiteres Mal von Kiew zu verlangen, den Beschuß ziviler Objekte zu stoppen. Kiew bleibt taub gegenüber den Appellen, Menschenleben zu erhalten«, heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums in Moskau. »Wir hoffen, daß die EU-Länder darauf angemessen reagieren und die verbercherische Politik der Behörden in Kiew verurteilen«, heißt es weiter in dem Dokument, bevor gefragt wird: »Oder wird diese Politik etwa im Rahmen des sogenannten politischen Teils des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine umgesetzt?«

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier forderte Kiew zu Gesprächen mit den »Separatisten« auf. Die Regierung müsse trotz jüngster militärischer Erfolge den Dialog suchen, sagte er am Montag bei einem Besuch in der Mongolei. Als wichtigstes Ziel nannte Steinmeier eine allseits respektierte Waffenruhe.

(RIA Nowosti/dpa/JW)

### NACHRICHTEN

#### Alkohol und Tabak beliebteste Drogen

**BERLIN.** Am Montag hat die Drogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) der Bundesregierung den neuen Drogen- und Suchtbericht in Berlin vorgestellt. Alkohol und Nikotin sind die Hauptausgangsmittel der Deutschen. So trinken 54 Prozent der jungen Männer und 36 Prozent der jungen Frauen riskant viel Alkohol. Das am häufigsten genommene illegale Rauschmittel in Deutschland ist Cannabis. Auch die Droge Crystal Meth wird mehr konsumiert, stellte aber laut Mortler »im Moment noch kein flächendeckendes bundesweites Problem« dar. (dpa/JW)

#### Pläne für PKW-Maut vorgestellt

**BERLIN.** Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat am Montag in Berlin seine Pläne für eine Maut offiziell vorgestellt. Er versicherte, mit seinen Plänen werde es »keine Mehrbelastung für Fahrzeughalter in

Deutschland geben«. Auch die Bundesländer und Kommunen fordern einen Anteil an den Einnahmen. Der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Ressortchef Reinhard Meyer (SPD) sagte gegenüber der *Welt* am Montag, daß die Mauteinnahmen nicht nur in den Bundeshaushalt fließen dürften, um den Bau und die Sanierung von Bundesfernstraßen zu finanzieren. Meyer forderte statt dessen »einen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen«. (dpa/JW)

#### Protest in Kuwait niedergeschlagen

**KUWAIT-STADT.** Mit Tränengas und Blendgranaten ist die Polizei im Emirat Kuwait gegen Hunderte Teilnehmer einer Demonstration für die Freilassung eines bekannten Regierungsgegners vorgegangen. Wie Augenzeugen und Aktivisten am Sonntag mitteilten, marschierten die Protestierenden zu dem Justizgebäude, wo dem früheren Parlamentsabgeordneten Mussallam

Al-Barrak der Prozeß gemacht werden soll. Die Polizei habe aus gepanzerten Fahrzeugen Tränengas und Blendgranaten auf die Demonstranten geschossen. Nach Angaben von Aktivisten wurden etwa 30 Demonstranten festgenommen, mehrere seien verletzt worden, zwei ins Krankenhaus gebracht worden. Es war bereits die fünfte Protestnacht in Folge. (AFP/JW)

#### Neuer Regierungschef im Senegal

**DAKAR.** Mohammed Dionne ist neuer Regierungschef im Senegal. Die Ernennung des 54jährigen engen Vertrauten von Staatschef Macky Sall wurde am Sonntag durch einen Präsidenterlaß bestätigt. Zwei Tage zuvor war Vorgängerin Aminata Touré nach einer herben Niederlage ihrer regierenden Partei APR bei den Kommunalwahlen zurückgetreten. Dionne ist nach der 51jährigen Touré und dem Banker Abdoul Mbaye bereits der dritte Regierungschef unter Sall. (AFP/JW)



# Dem Markt verpflichtet

Bundesregierung hält trotz Spionageaffäre an Verhandlungen mit den USA über TTIP fest. Konzerne drängen auf Absenkung von Schutzstandards. **Von Markus Bernhardt**

Der in Berlin aufgeflogene BND-Mitarbeiter im Solde US-amerikanischer Geheimdienste sorgt bisweilen für Verstimmung und starke Worte, direkte Konsequenzen zeichnen sich nicht ab. Die Bundesregierung jedenfalls sieht keinen Grund, wegen des Spionagefalls die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA über das Freihandelsabkommen zu stoppen. Die Gespräche zum TTIP liefern zunächst unvermindert weiter, wie die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Wirtz am Montag in Berlin betonte. »Die stehen jetzt nicht infrage oder in Zweifel.« Es sei bekannt, daß es in der Bevölkerung Zweifel und Kritik gebe: »Nichtsdestotrotz hält die Bundesregierung ein solches Freihandelsabkommen für wichtig und notwendig«, so Wirtz. Die Amerikaner seien auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiger Partner.

Nach wie vor finden die Gespräche über den geplanten Freihandelsdeal mit den USA noch immer im geheimen statt, obwohl eine Mehrheit der Bundesbürger sich nicht nur für mehr Transparenz ausspricht, sondern das Abkommen in Gänze ablehnt. Kritik kommt von Verbraucherschützern, Gewerkschaften, Linkspartei und Kulturschaffenden. Zu fürchten ist, daß die bisher in der Bundesrepublik geltenden Standards der Sozial- und Arbeitsrechte und beim Verbraucherschutz deutlich beschnitten werden.

Um sich ein Bild von den wenigen, bisher überhaupt öffentlich bekannt gewordenen Verhandlungspunkten zu machen, hatte der Bundestagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft in der vergangenen Woche zu einer öffentlichen Anhörung über das »Freihandels- und Investitionsabkommen« (Transatlantic Trade and Investment Partnership), kurz: TTIP, eingeladen. Der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie,



Protestaktion bei einer Europawahlveranstaltung der CDU mit Kanzlerin Merkel in Hamburg (17. Mai 2014)

Tobias Andres, machte sich – wenig überraschend – die Positionen der USA zu eigen und kritisierte, daß unterschiedliche Vorschriften und langwierige Zulassungsverfahren sowie fehlende Anerkennungen von Standards den Unternehmen den Zugang zum US-Markt erschweren würden. Andres sprach sich dafür aus, die »unterschiedlichen Traditionen« in beiden Wirtschaftsräumen zu »überbrücken«. Er verwies darauf, daß in den USA ein »nachsorgender Verbraucherschutz« existiere, der erst »im Nachgang prüft, ob die Produkte marktgerecht sind«. In der EU werde hingegen der vorsorgende Verbraucherschutz verfolgt, der, so bemängelte Andres, den Wirtschaftsunternehmen eine hohe Herstellungsqualität zu höheren Kosten abverlange.

Während die Linksfraktion TTIP – wie auch das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada namens CETA – ablehnt (siehe unten), eiert die SPD herum. »Wir werden dem Abkommen nur zustimmen, wenn es zu keiner Absenkung von in der Regel höheren EU-Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz kommt. Das betrifft unter anderem die Zulassung von Chemikalien, Pflanzenschutzmitteln sowie Nahrungszusätzen«, kündigte die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Wilhelm Priesmeier und Dirk Wiese großspurig an. Gleichwohl gilt als ausgeschlossen, daß sich die SPD-Fraktion am Ende tatsächlich gegen ihren Koalitionspartner und die EU stellen würde, gilt als ausgeschlossen. Als Versuch, die Kritiker einzulullen, kann der Vor-

stoß von Wirtschaftsminister Sigmар Gabriel (SPD) gewertet werden, einen TTIP-Beirat zu installieren zur »Einbindung« von Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden.

Eine weitere Gefahr für die nationalen Regierungen in der EU besteht darin, daß das TTIP als »lebendes Abkommen« konzipiert ist. Das bedeutet, daß etwaige Schutzstandards nicht dauerhaft festgeschrieben werden, sondern je nach Marktlage dynamisch weiterentwickelt werden können. Damit könnte etwa auch nach dem zu erwartenden Abschluß von TTIP bestehende Vereinbarungen und Standards erneut weiter abgesenkt oder gänzlich neu eingeführt werden. Die SPD verkauft das als Erfolg (siehe Spalte).  
♦ www.ttip-leak.eu

## REAKTION Bundesländer wollen mehr Offenheit

Die Bundesländer verlangen mehr Offenheit bei den Beratungen über das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. In einem Antrag Baden-Württembergs, Niedersachsens und Hamburgs für die Bundessitzung am kommenden Freitag, dem weitere Länder zustimmen wollen, werden zudem Korrekturen beim Investitionsschutz gefordert. Baden-Württembergs Europaminister Peter Friedrich (SPD) sagte der Nachrichtenagentur dpa: »Die politische Debatte während den Verhandlungen über TTIP ist hilfreich und nicht schädlich.« Die Positionen müßten mit den Mitgliedstaaten und mit der »kritischen Öffentlichkeit« abgestimmt werden.

Neben einer größeren Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen verlangen die Länder auch eine Begrenzung des geplanten Investitionsschutzes. »Wir brauchen bessere Standards in der Schiedsgerichtsbarkeit, unsere rechtsstaatlichen Regelungen dürfen aber nicht ausgehebelt werden«, sagte Friedrich. »Der Investitionsschutz muß so gestaltet werden, daß wir auch in Zukunft weiter Gesetze zur Verbesserung bei Arbeitsschutz, Umweltschutz und Sozialstandards machen können. Das muß ein dynamisches System sein.«

Im Antrag heißt es, das Recht zur Gesetzgebung sei unverhandelbar. Nach Einschätzung des baden-württembergischen Europaministers hängt von dieser Frage die deutsche Einwilligung zum Freihandelsabkommen ab. »Damit es überhaupt eine Zustimmung in Bundestag und Bundesrat geben kann, muß der Investitionsschutz unseren Rechtsstandards angepaßt werden«, sagte Friedrich.

Europaminister Friedrich sagte dpa: »Wir wollen den Freihandel mit den USA verbessern und ermöglichen.« Gerade für die Firmen im exportstarken Bundesland Baden-Württemberg sei ein Freihandel in Rechtssicherheit »von unschätzbarem Wert«.

(dpa/JW)

# »Angriff auf demokratisches Grundsystem«

Linke im Bundestag lehnt Freihandelsabkommen ab: Das »Chlorhühnchen« kommt erst einmal nicht, dennoch sind Verschlechterungen bei Verbraucherrechten zu befürchten. **Ein Gespräch mit Jana Muschalik**

**S**ie versuchen seit geraumer Zeit Licht ins Dunkel verschiedener Freihandelsabkommen zu bringen, die derzeit von der EU maßgeblich hinter verschlossener Tür verhandelt werden. Über wie viele Vereinbarungen reden wir aktuell überhaupt?

Wie viele Freihandelsabkommen die EU derzeit genau verhandelt, kann ich gar nicht genau sagen. Es sind um die zehn. Neben den bekannten mit den USA und Kanada wird unter anderem mit Japan verhandelt. Ein Freihandelsabkommen mit Südkorea wurde hingegen bereits abgeschlossen.

**Sie lehnen alle derartigen Über-einkünfte ab, die aktuell verhandelt werden. Warum?**

Ich finde Freihandel nicht per se schlecht. Gerade für Verbraucherinnen und Verbraucher kann es Vorteile bringen, indem etwa die Preise durch den

Abbau von Zöllen sinken, oder vielfältigere und qualitativ bessere Waren in die Geschäfte kommen. In Deutschland kann man dies bei der IT-Technik sehr gut nachvollziehen.

Aber bei den aktuell geplanten Handelsabkommen sollen vorrangig Standards abgebaut werden. Hauptziel ist, allen voran beim TTIP, der angestrebten Vereinbarung mit den USA, regulatorische »Hindernisse« zu beseitigen, die potentielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Außerdem sollen neue Märkte für internationale Unternehmen geöffnet werden, die wir und auch die US-Bürger aus gutem Grund schützen, beispielsweise öffentliche Dienstleistungen – also Wasser, Energie, Bildung – und regionale Beschaffungsmärkte. Das

**Jana Muschalik ist Juristin und Referentin für Verbraucherschutz der Linksfraktion im Bundestag**

TTIP ist der Versuch mächtiger Unternehmen, die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks aufzubrechen und zu deregulieren.

**Und darum finden die Verhandlungen besser im geheimen statt?**

Warum die Verhandlungen nicht transparent stattfinden sollen, verstehen vor allem Wirtschaftsunternehmen. Geheim verhandle ich, wenn ich die andere Seite irgendwann ziehen will, aber nicht, wenn ich mich auf Augenhöhe befinde. Für mich sind diese Verhandlungen ein massiver Angriff auf unser demokratisches Grundsystem. Sie verdeutlichen einmal mehr, wie stark der Einfluß der Unternehmenslobby und die Idee des Neoliberalismus vorangeschritten sind und in den Köpfen der EU-Bürokraten verankert sind.

**Sehen Sie Chancen, die Abkommen zu stoppen?**

Wenn die Zivilgesellschaft massiv gegen TTIP protestiert, haben wir vielleicht eine Chance, es zu stoppen. Die schwammigen Aussagen von Grünen und SPD gefallen mir hingegen nicht. Bei dem Abkommen geht es ja nicht vorrangig um den Erhalt derzeitiger Standards. Die Anhörung im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft in der vergangenen Woche hat ja offengelegt, daß hier Mechanismen verankert werden sollen, die in Zukunft die Art und Weise der Regulierung bestimmen werden. Selbst wenn die derzeitigen Standards zum Beispiel bei der Lebensmittelsicherheit erst einmal nicht angetastet werden – also das Chlorhühnchen nicht kommt – können sie in Zukunft durch die »regulatorische Kooperation« und dem damit verbundenen Schwerpunkt der Handelsliberalisierung abgeschwächt werden.

Die Schaffung neuer Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz kann ganz verhindert werden. Unsere wertvollsten Standards in Deutschland und der EU sind jedoch Verbraucherschutz, Umwelt- und Sozialnormen und Arbeitsrechte.

Die Verbraucherschutzsysteme in den USA und der EU sind jedoch nicht kompatibel – in vielerlei Hinsicht. Und der geplante neue Regulationsrat – Regulatory Cooperation Council – wird wie ein »trojanisches Pferd« in Zukunft für Wirtschaftsinteressen wirken. Das finde ich gefährlich. Denn ist das Abkommen einmal abgeschlossen, sind dieser Einfluß und der Abbau unserer demokratischen Rechte eigentlich unumkehrbar verankert. Einmal unterzeichnet, ist TTIP nur noch einstimmig wieder abänderbar. Es ist für mich nicht erklärlich, daß SPD und Grüne das nicht verstehen.

**Interview: Markus Bernhardt**